

Weitblick

MITTEILUNGEN DER AFP KÄRNTEN UND STEIERMARK

Erscheinungsort Klagenfurt

Folge 94 – September 2010

Verlagspostamt 9020
p.b.b. 02Z030436 M

Gefallen im Kärntner Abwehrkampf

Immer sehe ich dich. Stumm aus der Erde
blickst du mich an, den Helm straff gebunden ans Haupt,
blaß deine Schläfe, doch – jenseits aller Beschwerde –
leise schon träumend, von Mühsal das Antlitz bestaubt.

Auf deiner Brust, deinen Armen, voll reifenden Wehens,
wiegt sich im Winde der Acker, von nichts mehr bedroht,
atmet aus dir und spottet deines Vergehens,
trotz aller Trauer um dich; denn du bist ja nicht tot.

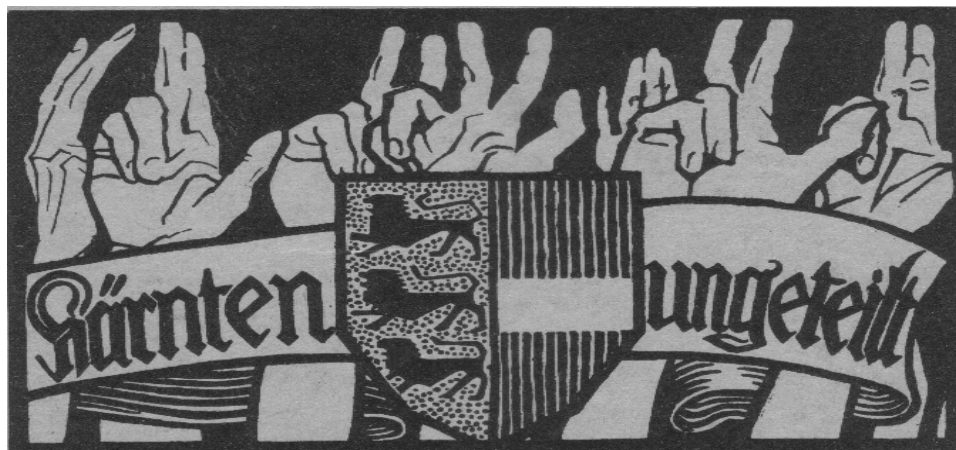
Streng ist dein Kinn, deine Wange, und bitter die Wunde,
starr überm Herzen. Jedoch, aller Schrecknis entflohen,
grüßt du den Frieden mit heimlich verzeihendem Munde
und nährst im Wiesengrund sommerlich Rade und Mohn.

Korn steigt vom Schoße dir auf; und der Wein im Gebinde,
purpurn gekeltert, ist Glut deiner sengenden Kraft,
Laut deiner Seele das Flüstern im Laub und im Winde,
liegst du auch stumm bei den Wurzeln in dauernder Haft.

Jeden, der atmet und lebt, hat dein Sterben gerettet,
wenn ihm auch nicht mehr im Auge die Träne erglänzt,
weiß er doch; dir dankt er alles, dem, friedsam gebettet,
Scheitel und Stirn jetzt der Acker mit Blüten bekränzt.

Ewiges Antlitz, im Wachen und Träumen beschworen:
totsein ist anders als dieses hier, Jüngling und Mann!
Allem Lebendigen bleibst du stets unverloren,
immer, wohin ich auch sehe, schaust du mich an.

Herbert Strutz



90 Jahre Kärntner Volksabstimmung

Am 10. Oktober jährt sich der Tag der Kärntner Volksabstimmung zum 90. Mal.

Nach dem Ende der Monarchie hieß es in der provisorischen Landesverfassung 1918, „daß zu Kärnten die Deutschen gehören und jene Slowenen, die das per Volksentscheid wollen.“ Die Volksabstimmung, und damit die Aussicht, daß die slowenische Bevölkerung das Recht hatte, sich für einen südslawischen Staat zu entscheiden, war von Anfang an vorgesehen. Mit diesem Akt der Selbstbestimmung haben sich die Kärntner mehrheitlich für den Verbleib bei Österreich und gegen das Abtreten eines Teils unseres Landes an den SHS-Staat entschieden.

Die Staatsregierung von 1920 äußerte sich dazu wie folgt:

„Die Staatsregierung der Republik Deutsch-Österreich hat mit Stolz und Freude von dem Ergebnis der Abstimmung in Kärnten Kenntnis genommen. In freier Willensäußerung hat die Bevölkerung sich zu ihrem Heimatlande bekannt und die Unteilbarkeit des Landes Kärnten ausgesprochen. Die Staatsregierung sendet dem standhaften Kärntner Volke, das in bewährter Heimattreue den Sieg des höchsten Rechtes eines Volkes, des Rechtes auf Selbstbestimmung, errungen hat, wärmsten Dank und Gruß.“

Im Zweifel für die Chaoten

Zwei „Aktivisten der Grünalternativen Jugend GAJ“ sind im August beim Prozeß im Bezirksgericht St. Veit/Glan freigesprochen worden (drei weitere Verfahren sind vorher schon abgebrochen worden), weil „nicht eindeutig geklärt werden konnte, was sie eigentlich genau getan hatten.“

Ja, was war genau geschehen?

Seit einigen Jahren stören verummte Linke Genossen die Heimkehrer-Gedenkfeier auf dem Ulrichsberg. Sie sitzen in Gruppen auf der Zufahrtsstraße zum Berg, grölen Haßparolen, bespucken und beschimpfen Veranstaltungsteilnehmer. Von der Polizei beobachtet, aber nicht gehindert, obwohl es in Österreich Vermummungsverbot gibt. Auf Transparenten prangen rote Sowjetsterne und herzige Sprüche wie z. B. „Hoch die PartisanInnen“, „Nie wieder Ulrichsberg“, „Ulrichsberg wegpusten“ (auch in slowenisch).

Ja, und geradeso, als hätte man nur auf den linksextremen Rummel gewartet, wurde dem Bundesheer von Minister Darabos umgehend verboten, an den Ulrichsbergfeiern teilzunehmen. No, es gibt Schlimmeres.

Schlamm ist aber, wie der ganze Staat vor einem Häuferl linksextremistischen Chaoten kuscht und in Demutshaltung verfällt und es zuläßt, daß das Heimkehrertreffen nicht mehr auf dem Ulrichsberg stattfindet.

Übrigens, diese „Grünalternative Jugend GAJ“ – zuletzt von den Kärntner „Grünen“ mit € 2.500.—Steuergeld unterstützt – hat ein Plakat produziert, auf dem der Landeshauptmann von Kärnten, Dörfler und der FPÖ-Chef Strache aufgefordert werden, Jörg Haider in den Tod zu folgen.

Auf Anfrage war nicht zu erfahren, was von Seiten der FPÖ dagegen unternommen wird.

Größter Drogenumschlagplatz Kärntens

Im Asylwerberheim in Klagenfurt, dem größten Drogenumschlagplatz Kärntens, wurden im Juli neun schwarzafrikanische Drogendealer festgenommen. Neben den neun festgenommenen Drogendealern, wovon vier einen negativen Asylbescheid haben und bereits 2009 aus Österreich abgeschoben worden sind, konnten auch fünf weitere Schwarzafrikaner aufgegriffen werden, die ebenfalls illegal im Land sind.

Abschieben kann man sie angeblich nicht, weil sie falsche Identitäten angeben.

Wir fordern: WIRTSCHAFTSFLÜCHTLINGE, SCHEINASYLANTEN, KRIMINELLE SOFORT ABSCHIEBEN !

PARADIESISCH

Ein Schmankerl aus dem weitläufigen Betätigungsfeld der Hypo.

Die Banker bewilligten 2005 einer „Paradiso Privatstiftung“ einen Kredit von 7,5 Millionen Euro für einen Erlebnispark „Paradiso Museum und Kulturpark“ in Wien. Die Hälfte des Geldes wurde auch gleich ausbezahlt – nur aus dem Park wurde nichts und von einer Rückzahlung war auch nicht mehr die Rede. Dafür blieb die Hypo auf etlichen Skulpturen von Ernst Fuchs sitzen, über deren Wert heute diskutiert wird.

Ein Kärntner hat an dem „Luftpark“ allerdings gut verdient: Gernot Rumpold, Ex-FPÖ-Bundesgeschäftsführer und Uralt-Spezi von Jörg Haider.

Er hat unter anderem den Kontakt mit der Hypo hergestellt und über seine PR-Agentur „100 % Communications“ 225.000 Euro Provisionshonorar und 192.000 Euro Agenturhonorar kassiert.

Im Gegensatz zur Hypo hat Rumpold das Geld erhalten.

Willi Mernyi - ACHTUNG!

Neuer Code aufgetaucht!

Im Lendhafen in Klagenfurt kann man sich beim slowenischen Künstlerkollektiv IRWIN zum Preis von 25 Euro einen Paß für „NSK“ ausstellen lassen, berichtet der stellvertretende Obmann des Vereins Lendhauer, Daniel Gunzer.

NSK – heißt das womöglich National Sozialistisches Kraftfahrercorps?

G.I. = STAATSEIGENTUM

Amerikanische Soldaten werden G. I. genannt. Was das bedeutet, erklärt der Brockhaus:
government issue = Staatseigentum der U.S.A.

GESCHICHTE UNERWÜNSCHT

Die Direktorin des Kärntner Geschichtsvereins, Frau Prof. Dr. Claudia Fräss-Ehrfeld über den schweren Stand der Geschichte in Schulen: „Ich würde gerne den geschichtlichen Nachholbedarf in Schulen beseitigen. Wir vom Geschichtsverein versuchen redlich, Schüler und vor allem Lehrer anzusprechen und bieten geschichtliche Literatur, Forschung und Exkursionen. Aber je mehr wir versuchen, desto weniger fruchtet das. Da scheint kein Interesse zu bestehen. Wir haben Schulen Bücher aus unserem Geschichtsverein-Verlag geschenkt, die wurden uns kurz darauf im Originalzustand von Trödlern zum Rückkauf angeboten.“

HEISSE STÜHLE BRAUCHT DAS LAND

Die Post schickt das Postkastl durchs Land, der Kärntner SPÖ-Chef Peter Kaiser einen Stuhl.

Der sogenannte „Heiße Stuhl“ - rote Beine, Sitzfläche und Rückenlehne braun – wird, so der SPÖ-Chef „durchs Land geschickt, um überall dort, wo politischer Streit tobt, diesen gründlich auszudiskutieren“.

Die Idee ist grandios! Wir schicken nur noch Stühle und Postkastln zum Diskutieren durchs Land und schicken Politiker und Manager heim, ohne Gage versteht sich.

MERKWÜRDIG

In einer Abstimmung auf www.kaerntner-krone.at forderten nur 24,3 Prozent ein Verbot der Reptilien-Haltung in Wohnzimmern, 75,8 Prozent sind klar gegen ein Verbot (wie die Kärntner Krone berichtet – 100,1prozentig!).

Laut einer Umfrage sind 66,6 Prozent der Reptilienhalter für ein generelles Rauchverbot.

Mit unserem Geld ist leicht stinken !

Takoua Ben Brahim, OMV Investor Relations prahlt: „Welches Unternehmen hat sein Ergebnis im 1. Quartal 2010 mehr als verdoppelt und damit die Erwartungen der Analysten klar übertroffen?“

Die OMV jubelt, der Finanzminister auch, die Mineralölsteuer füllt die Kassen, und das Volk kann die künstlich hochgetriebenen Energiepreise und die diversen horrenden Kosten für die Verträge dieser Bonzen kaum mehr bezahlen.

WIE LANGE WOLLT IHR EUCH NOCH FROZZELN LASSEN?

Impressum: WEITBLICK – Medieninhaber (Verleger), Herausgeber und Hersteller: AFP Kärnten, Sepp Kraßnig. Alle einschließlich Redaktion: 9020 Klagenfurt, B. Schwarzstr. 33. Höhe der Beteiligung 100 Prozent. Blattlinie: Der WEITBLICK tritt für die Grund- und Freiheitsrechte aller Völker ein. Druck: Kreiner, 9500 Villach. Für Spenden aus EU-Ländern: PSK Kto. 7438558 BIC OPSKATWW, IBAN: AT56600000007438558.

Was sich seit 1920 so alles in Kärnten abspielt

Zum Artikel 7

Die Bestimmung des Art. 7 des Österreichischen Staatsvertrages geht auf den vom sowjetischen Vertreter bei den Sitzungen im Juli und August 1949 in London den Sonderbeauftragten der vier Außenminister präsentierten Entwurf zurück, „der sich seinerzeit weitgehend an den jugoslawischen Entwurf vom April 1948 anlehnt“. Mit anderen Worten, der Artikel 7 ist ein Produkt des jugoslawischen Memorandums aus dem Jahr 1948, stellenweise wurde der Text sogar wortwörtlich aus diesem Memorandum übernommen. Auch eine interne Weisung des sowjetischen Außenministeriums beweist, daß der „Artikel 7 zum Minderheitenschutz in Österreich nichts anderes war als ein Kompromiß der Sowjetunion gegenüber Jugoslawien“.

Während des „Kalten Krieges“ waren die kommunistischen Geheimdienste um eine Destabilisierung des Westens bemüht. Daß diese Destabilisierung, auch mit dem Schüren von Konflikten bei der Realisierung des Art. 7 erreicht werden sollte, kann – auch hinsichtlich der Sprengstoffanschläge in Kärnten – vermutet werden.

DIE LEGENDE VON DER AUSWEISUNG

Slowenische Zeitungen wiesen seit dem Oktober 1920 immer wieder darauf hin, daß zahlreiche Kärntner Slowenen, besonders Intellektuelle, nach dem Abstimmungssieg des 10. Oktober 1920 des Landes verwiesen worden seien.

Anläßlich der Wiederkehr des 10. Todestages des aus dem Gailtal stammenden Rechtsanwaltes **Dr. Anton Urbanc** berichtete „Naš tednik-Kronika“ Nr. 28/1966: „Als Student interessierte sich Dr. Urbanc sehr für die Bestrebungen und Probleme seines Volkes in Kärnten und als überzeugter Anhänger der jugoslawischen Idee gliederte er sich auch aktiv in den Abstimmungskampf ein. Es ist darum verständlich, daß der Ausgang der Volksabstimmung vom 10. Oktober 1920 Urbanc außerordentlich enttäuschte. So entschloß er sich mit 309 Kärntnern zum ständigen Aufenthalt in Jugoslawien.“ Urbanc wurde der erste Obmann des „Klubs der Kärntner Slowenen“ in Laibach. Nach ihm übernahm diese Stelle sein Mitschüler vom Gymnasium in Klagenfurt **Staatsanwalt Dr. Julij Felaher**.

Manche von diesen Slowenen und ihren Kindern, Akademiker, Lehrer, Beamte und Gendarmen, sind nach 1941 als Volksdeutsche, nach 1945 als Altösterreicher wieder nach Österreich gekommen. „Stiefmutter Österreich“ zahlt ihnen Pensionen und Renten.

VON DER "WAHREN FREIHEIT"

Die ausgesiedelte Mira Wutti berichtet: „Am 1. 10. 1944 machten wir, d. s. die Familien Felaher aus Mellweg, die Familie Lapuš aus St. Johann, die Dragašniks aus Köstenberg und die Wastls aus Mittlern und unsere Familie, uns auf den Weg gegen Linz. Der Chef der Textilfabrik Haberkorn empfing uns freundlich. Hier hofften wir, das Kriegsende zu erleben, denn wir waren überzeugt, daß nach tausend Jahren Slowenisch-Kärnten die wahre Freiheit scheinen werde!“

NICHT ANERKANNTE VOLKSGRUPPE

1968 hätten die vertriebenen Deutschen Jugoslawiens die Möglichkeit der Aufnahme in die Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen gehabt.

Nach intensiver Aussprache des Vertreters der Kärntner Slowenen, Dr. Inzko, mit Dr. Veiter beantragte Dr. Inzko die Zurückstellung dieses Aufnahmeantrages.

Warum hat Dr. Veiter in seinem Gespräch mit Dr. Inzko die Rückstellung dieses Antrages nicht verhindert?

VOM SLOWENISCHEN GEBIET

1966 richtete Prof. Dr. Valentin Inzko, Fachinspektor für das Bundesgymnasium für Slowenen in Klagenfurt und Vertreter der Synodalbehörden in der Ortstafelkommission (außerdem Vater des Hohen Repräsentanten und derzeitigen Obmanns des Rats der Kärntner Slowenen, Dr. Zdravko (Valentin) Inzko, Anm. d. Red.) bei einem Besuch des Kärntner Studentenbundes an diesen die Aufforderung:

„...nunmehr nach dem Ausbau des Apparates, seine Kräfte auf das Territorium, das slowenische (!) Gebiet im Rosentale, an der Gail und im Jauntal zu lenken. In fünfzig Gemeinden wartet die Jugend, daß sie jemand organisiert und die Kräfte zu kultureller und nationaler Aktivität ordnet.“

DEUTSCH-KÄRNTNER GESETZWIDRIG

Im Jahr 1989 wurde in Kärnten ein Verein **RAT DER KÄRNTNER DEUTSCHEN** angemeldet – analog zu dem nach wie vor bestehenden **RAT DER KÄRNTNER SLOWENEN**. Der Verein wurde von der Sicherheitsdirektion für das Land Kärnten untersagt. Auf den Protest der Vereinsgründer stellte **Oberrat Dr. Zergoi** fest: „Nach den dargelegten Gründen ist der Ausdruck **DEUTSCH-KÄRNTNER** als gesetzwidrig zu bezeichnen, hingegen findet sich in der österreichischen Rechtsordnung keine Bestimmung, wonach es verboten wäre, sich als **SLOWENENKÄRNTNER** zu bezeichnen.“

Nachdem bekannt geworden ist, daß die UDBA bereits Ende der 40er Jahre die Sicherheitsdirektion in Kärnten infiltriert hat, drängt sich die Frage auf, ob dieser Dr. Zergoi womöglich einer von den Infiltrierten ist.

GENAUE RECHNUNG - GUTE FREUNDE

In Erwartung der großen Feiern anläßlich des 90. Jahrestages der Kärntner Volksabstimmung versuchen die Medien in Kärnten alles auf eitel Wonne und Griesschmarrn zu trimmen.

Da wird der neue Vorsitzende des Rates der Kärntner Slowenen, Dr. Valentin (Zdravko) Inzko, hochgelobt, weil er sich als „international erfolgreicher Diplomat“ zur Ortstafelfrage so diplomatisch geäußert hat. „Wir brauchen eine Lösung unter Brüdern“ meinte er.

Aber, erstens sind die Kärntner Slowenen nicht die Brüder der Kärntner Deutschen (Brüder, das sind z. B. Bayern, Franken, Schwaben), sondern ihre slawischen Vettern, und zweitens geht es darum, daß endlich mittels demokratischer, geheimer Minderheitenermittlung, sowie der Einhaltung der Selbstbestimmungs- und Bekenntnisrechte – so, wie von Europarat und UN-Komitee zur Beseitigung rassistischer Diskriminierung (UNCERD) gefordert – die Kärntner sich zu ihrem Volk bekennen dürfen.

Erst durch dieses Bekenntnis können die im Staatsvertrag festgeschriebenen **anteilmäßigen Rechte** der Kärntner Slowenen endgültig ermittelt und festgesetzt werden.

Kompromiß

Medienstaatssekretär Josef Ostermayer, der „Partycrasher“ führte im Sommer 2010 auf „breiter Ebene“ Ortstafel-Gespräche in Kärnten. Er sprach mit Slowenen-Vertretern, KHD-Obmann Josef Feldner (dem guten Freund von Slowenen-Vertreter Marjan Sturm) und Bürgermeistern um zu einem Kompromiß zu kommen.

Mit den Kärntnern hat er nicht gesprochen.

Wir Kärntner brauchen aber keinen von oben verordneten Kompromiß sondern eine ordentliche Lösung.

Und die AVNOJ-Beschlüsse in Slowenien sind nach wie vor in Kraft !

HABEN SIE SCHON BEWÄLTIGT ?

Der Groß-Slowenische Traum

Eines der nicht bearbeiteten und damit nicht bewältigten Ereignisse ist der Kampf der Titopartisanen auf Kärntner Boden. Die politisch motivierten Morde an Zivilisten, die als Abschreckung für die gegen Jugoslawien eingestellte Bevölkerung gedacht waren, sowie die Verschleppung und Ermordung der Kärntner nach Kriegsende.

Von Seiten des KZ-Verbandes, sowie der Antifaschisten, kräftig unterstützt von Österreichischen Sozialisten und sogar vom Bundespräsidenten, wird man nicht müde, den Edelmut der Partisanen zu loben, ihnen Orden zu verleihen und Entschädigung zu zahlen.

Die Generationen der Kärntner des 20. Jahrhunderts sind zutiefst geprägt worden vom Erleben zweier Weltkriege und zweier Versuche des expandierenden slowenischen Dranges, 1918-1920 und nach 1945, große Teile Kärntens an Slowenien anzuschließen.

Es war der Traum eines Groß-Slowenien von Triest bis zum Herzogstuhl. Diesem Traum verdankte Südkärnten den Partisanenkrieg, der heute in einen Beitrag zur „Befreiung Österreichs“ umgefälscht wird.

Diese Täuschung drang durch die „antifaschistische Gehirnwäsche“ bis heute nicht in das Bewußtsein der Zeit. Die Unwissenheit reicht bis in die Staatskanzleien. Sie trägt zu jenem falschen Geschichtsbild bei, das eine Ursache für die weitverbreitete Fehlbeurteilung der Kärntner Verhältnisse ist.

Die Partisanenbewegung war eine die Grenze überschreitende, nicht militärische Kraft, welche auch über Kärnten die Herrschaft der jugoslawischen kommunistischen Partei setzen wollte.

Tito-Partisanen haben niemals für Österreichs Freiheit gekämpft, ihr Ziel war immer der Anschluß Kärntens an Jugoslawien. Allein im Raum Miklauzhof trieb eine 80 bis 100 Mann starke Bande mit schweren Waffen ihr Unwesen, sie überfielen die Bauernhöfe, nahmen sich, was sie wollten, und wer sich wehrte, wurde umgebracht. Das war auch der Grund dafür, daß man 272 Familien aus Kärnten - vorwiegend nach Thüringen - ausgesiedelt hat. Die Ausgesiedelten kehrten nach 1945, vermehrt um einige in der Fremde geborene Kinder, nach Kärnten zurück und wurden vom österreichischen Staat materiell entschädigt.

Wer nicht weiß, was die Partisanen in Kärnten wirklich taten und was sie wirklich wollten, kann die Sorge, die Zurückhaltung, das Mißtrauen der Kärntner nicht verstehen.

Zur umfassenden Information empfehlen wir: „Titostern über Kärnten“ 1942 – 1945 von Ingomar Pust, herausgegeben vom Kärntner Abwehrkämpferbund, 9020 Klagenfurt, Karfreitstraße 14.

ZITAT

Lipej Kolenik: „Ich bin zuerst Slowene und dann Staatsbürger des Staates, in dem ich lebe.“

DESERTEUR IST NICHT GLEICH DESERTEUR

Die Zeitschrift „Der sozialdemokratische Kämpfer“ weiß in der Nummer 10-11-12/2009 auf Seite 4 folgendes zu berichten: „Der Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus begrüßte in einer Stellungnahme des Bundesvorsitzenden Ernst Nedwed, die am 22. Oktober erfolgte Einigung der Parlamentsfraktionen SPÖ, ÖVP und GRÜNE über die vollständige Rehabilitierung der Opfer der NS-Militärjustiz, zu denen insbesondere die Deserteure gehörten.“ Besonders bedankt man sich bei Prof. Walter Manoschek, Richard Wadani und Nationalratspräsidentin Barbara Prammer, die sich für eine gesetzliche Rehabilitierung eingesetzt hat.

Im Juni 2010 berichtet die Kärntner Krone von einem Prozeß nach dem Militärstrafgesetz gegen einen 19jährigen Deserteur. Dem Burschen hat der Küchendienst in der Lendorfer Kaserne in Klagenfurt nicht gefallen, er „zog das weiche Bett der Freundin und die schöne Landschaft von Bangladesh“ dem Aufenthalt beim Heer vor. Nun möchte man meinen, die Frau Präsidentin Prammer hätte ihm daraufhin sofort einen hohen Deserteur-Orden verliehen, aber weit gefehlt, 10 Monate bedingte Haft hat er für seinen vorausschauenden Mut ausgefaßt und der Richter ermahnte ihn: „Bedenken Sie aber, Sie haben jetzt zehn Monate bedingt bekommen. Wenn Sie nicht sofort zum Heer gehen, kommen sie ins Gefängnis!“

Der Unterschied zwischen den Deserteuren ist: Die einen waren im Krieg und haben durch die Desertation die Tötung von Kameraden in Kauf genommen (Verrat). Die anderen desertieren in Friedenszeiten wo niemand verletzt oder getötet wird, werden aber von Richtern nach Militärstrafgesetz verurteilt.

Erklären sie einem 19jährigen den Unterschied.

Ob der Herr Richter von der Einigung von SPÖ, ÖVP und GRÜNE bezüglich der Rehabilitierung von Deserteuren noch nichts gehört hat?

Strenge Sitten

In Jerusalem wurde ein verheirateter Palästinenser, der sich einer Israelin gegenüber als alleinstehender Jude auf der Suche nach einer Freundin ausgegeben und dann eine sexuelle Beziehung mit ihr hatte, rückwirkend wegen Vergewaltigung verurteilt.

Dem Richter zufolge war der Fall „keine klassische Vergewaltigung unter Einsatz von Gewalt, aber ein schweres Vergehen.“

ZITAT

Milovan Djilas: „In der ganzen Geschichte hat es keine idealen Ziele gegeben, die durch nichtideale, unmenschliche Mittel erreicht worden sind, wie es auch keine feine Gesellschaft gegeben hat, die von Sklaven aufgebaut worden ist. Nichts enthüllt die Wirklichkeit und Größe von Zielen so gut wie die Methoden, die angewendet werden, um sie zu erreichen.“

ZITAT

Aristoteles: „Toleranz ist die allerletzte Tugend einer untergehenden Gesellschaft.“

EINLADUNG ZUR 45. POLITISCHEN AKADEMIE DER AFP

15. – 17. OKTOBER 2010 IN OBERÖSTERREICH

WIR LADEN SIE HERZLICH EIN! KOMMEN SIE, HÖREN SIE, SPRECHEN SIE MIT!

Die Themen: Kampf dem Global-Kapitalismus, Politische Verfolgung in Österreich, Zeitzeugenberichte und viele andere.

Senden Sie Ihre Anmeldung an: 1171 WIEN, Postfach 543, auch wenn Sie kein Quartier brauchen.

ES IST EINE GESCHLOSSENE VERANSTALTUNG. ERST NACH ERFOLGTER ANMELDUNG SENDEN WIR IHNEN DAS GENAUE PROGRAMM DER TAGUNG ZU!